

Experten warnen vor gefährlicher Lücke

Fliegerabwehr Anders als beim sistierten Bodluf-Projekt sollen nicht mehr Raketen beschafft werden, die über kurze bis mittlere Distanz fliegen, sondern bis 100 Kilometer weit. Das WEF und Flughäfen blieben damit schutzlos, kritisieren Spezialisten.

Eva Novak

«Es geht um alles oder nichts: So nannte Christian Catrina, der vom Bundesrat eingesetzte Delegierte für die Erneuerung der Mittel zur Luftverteidigung der Schweiz, das 8-Milliarden-Projekt «Air 2030». Das Volk solle nicht nur über die Kampfjets, sondern über die Erneuerung sämtlicher dieser Mittel befinden, erklärte Verteidigungsminister Guy Parmelin. Ob es wirklich sämtliche sein werden, ist indes eine andere Frage. Sie stellt sich bei den Raketen und Radaren für die bodengestützte Luftverteidigung alias Bodluf – dem Nachfolgeprojekt von Bodluf 2020, das Parmelin vor zwei Jahren sistiert und anschliessend beerdigt hat.

Noch ist nicht entschieden, welche Lenk Waffen genau beschafft werden sollen. Sicher ist nur, dass die Systeme, die in die engere Wahl kommen, nicht in der Schweiz getestet werden sollen. «Wir werden keine Rakete aus Schweizer Territorium abschliessen», versicherte Catrina vor den Medien. Und nannte als Beispiele die amerikanischen Patriot-Raketen sowie die französischen Samp-T.

Neuer Plan mit vielen Fragezeichen

Auffällig dabei: Je nach Modell fliegen diese über 100 Kilometer weit. Das sind sehr viel mehr als die gut 20 Kilometer, welche die deutsche Iris-T-Rakete sowie die Camm-ER des europäischen Rüstungskonzerns MBDA schafften – jene beiden Lenk Waffen, die im Rahmen der berühmt-berüchtigten «Zwillingsvariante» beschafft werden sollten, was zum Scheitern des ersten Bodluf-Projektes führte, weil beide Waffen die an sie gestellten Anforderungen nicht erfüllten. Auch das dritte Modell, das zurzeit in der



Deutsche Soldaten präsentieren bei einer Demonstration zwei Patriot-Raketensysteme. Solche Raketen sind auch in der Schweiz ein Thema.
Bild: Sean Gallup/Getty (Warbelow, 18. Dezember 2012)

engeren Wahl steht und gemäss Recherchen dieser Zeitung aus Israel stammt, weist eine deutlich grössere Reichweite als die Zwillinge auf.

Zwar hatte sich bereits die von Parmelin eingesetzte «Expertengruppe neues Kampfflugzeug» dafür ausgesprochen, prioritär ein Bodluf-System grösserer Reichweite anzuschaffen – und nicht mehr ein solches mittlerer Reichweite. Doch erst jetzt hinterfragen Fachleute und Politiker diesen Plan. «Wenn zuerst eine viel kürzere Reichweite genügt, muss man sich fragen, was sich in der Zwischenzeit geändert hat», gibt Valentin Gerig zu bedenken, Präsident des Flabcollegiums, der Vereinigung von ehemaligen und aktiven hohen Offizieren der Fliegerabwehr.

Dieses hat sich am Freitag mit dem Projekt beschäftigt und unterstützt zwar den vom Bundesrat eingeschlagenen Kurs,

warnt aber vor einer Fähigkeitslücke, wenn zuerst ein System grösserer Reichweite beschafft werde und man mit dem Ersatz der auf kurze Distanz wirkenden Mittel der Fliegerabwehr länger zuwarte.

Konkret geht es um den Schutz von Konferenzen, aber auch von Flughäfen, kritischen zivilen Infrastrukturen und militärischen Einrichtungen. Dieser wird zurzeit von 35-mm-Fliegerabwehrkanonen sichergestellt, deren Nutzungsdauer bis 2025 verlängert wurde. Weil grössere Beschaffungsprojekte in der Regel ein gutes Dutzend Jahre dauern, würde da mindestens ein Jahrzehnt lang eine Lücke bestehen, fürchtet Gerig. Die Bodentruppen stünden ab 2025 ebenfalls schutzlos da, weil dann die beiden anderen Kurzlenk Waffen Rapiert und Stinger nicht mehr einsatzfähig sein werden. Dabei gehe es um den Schutz vor Dro-

nen, Cruise-Missiles und allem, was tief fliege, wie Fabian Ochsenner erläutert, ehemaliger Präsident der Gesellschaft der Luftwaffen-Offiziere Avia und heutiger Vizedirektor der Rheinmetall Air Defence. In den Tälern seien die Raketen mit grosser Reich-

weite ungeeignet. Genau wie die Kampfjets wirkten auch sie im oberen Luftraum, im unteren jedoch blieben die Truppen ungeschützt: «Wir hätten zwar die modernsten Mittel für den grossen vaterländischen Krieg, aber wenn's im asymmetrischen Bereich knistert, hätten wir nichts – obwohl wir das 20 Jahre geübt haben.»

Es sei alles eine Frage der Bedrohungslage, pflichtet der Zürcher FDP-Nationalrat und ehemalige Flabist Hans-Peter Portmann bei. Wenn man davon ausgehe, dass die Schweiz durch Langstreckenwaffen von ausserhalb der Landesgrenzen angegriffen werde, müsse man Bodluf grösserer Reichweite beschaffen. Auf der letzten Meile allerdings seien die Raketen gegen sämtliche Bedrohungen aus der Luft wirkungslos, diese könnten nur durch Kanonen mit kürzerer Reichweite bekämpft werden.

«Mit Langstreckenraketen kann man keinen Objektschutz machen», sagt auch der Urner Freisinnige Josef Dittli, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats. Das Weltwirtschaftsforum (WEF) und die Flughäfen müssten aber geschützt werden. Der ehemali-

ge Berufsoffizier äussert die «klare Erwartung», dass man auch bei der kurzen Reichweite eine Ablösung vorsieht.

Was letztlich eine Geldfrage ist. Das System mit der grösseren Reichweite würde mit etwa einer bis anderthalb Milliarden zu Buche schlagen, schätzt Avia-Präsident Patrick Richter. Für die kurze Reichweite käme eine weitere Milliarde hinzu – Geld, das für die Kampfjets fehlen würde. «Die Kosten für Bodluf werden darüber entscheiden, ob wir am Schluss untaugliche 30 oder ebenfalls ungenügende 40 Kampfflugzeuge beschaffen können», erklärt der Berner SVP-Nationalrat Adrian Amstutz. Mit 30 Flugzeugen werde die Luftwaffe noch für den Luftpolizeidienst zu Friedenszeiten gerüstet sein, mit 40 Flugzeugen könnte sie auch in einem Spannungsfall wie während der Balkankrise oder den beiden Golfkriegen bestehen. Zum Schutz der Menschen in der Schweiz im Kriegsfall reiche aber auch das nicht.

Die Priorisierung der Lenk Waffen grösserer Reichweite sei auf politischer Ebene zu diskutieren, fordert das Flabcollegium. Dieser Wunsch wird garantiert in Erfüllung gehen.

ANZEIGE

FAST ZU HÜBSCH ZUM VERSTECKEN

spruengli.ch/shop



Confiserie *Sprüngli* seit 1836

Kügeli statt Antibiotika

Medizin Der Bund sagt den Antibiotikaresistenzen den Kampf an. Alternativmedizin lässt er dabei aussen vor.

Wenn Antibiotika nicht mehr wirken, kann das tödliche Folgen haben: Mehrere hundert Personen sterben in der Schweiz jedes Jahr deswegen. Das will die Landesregierung mit einer «Strategie Antibiotikaresistenzen» (STAR) verhindern, die unter anderem den Antibiotikaeinsatz vermindern soll.

Bundesrätliches Versprechen scheint vergessen

Dazu könnten alternative Methoden wie die Komplementärmedizin beitragen, denn sie wären in der Lage, Erkrankungen zu verhüten oder zu bekämpfen, antwortete Gesundheitsminister Alain Berset vor gut zwei Jahren auf einen parlamentarischen Vorstoss und sicherte zu: «Der Bundesrat wird der Komplementärmedizin in der Umsetzung der Strategie das notwendige Gewicht beimessen.»

Nun, da es an ebendiese Umsetzung geht, ist davon keine Rede mehr. «Mit Ausnahme

einer Massnahme zur Förderung der Tiergesundheit wird die Komplementärmedizin im entsprechenden Strategiepapier nicht erwähnt», bemängelt die Thurgauer SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher, Co-Präsidentin des Dachverbandes Komplementärmedizin (Dakomed), in einem neuen Vorstoss. «Es besteht die Gefahr, dass die ganzheitlichen Sichtweisen der Komplementärmedizin «vergessen gehen» und deren Potenzial im Kampf gegen die Antibiotikaresistenzen nicht genutzt wird», schreibt Graf-Litscher in ihrer Interpellation.

Komplementär-Mediziner verweisen auf Studien

Vom Bundesrat will sie nun wissen, ob der Auftrag an die Experten nicht zu eng gefasst sei und wie die komplementärmedizinisch tätigen Ärztinnen und Ärzte ihr Know-how einbringen könnten. Mit komplementärmedizinischen Methoden könne

der Antibiotika-Einsatz reduziert oder ersetzt werden.

Verschiedene Studien lieferten dazu die wissenschaftliche Bestätigung. Das gelte besonders für die oberen Atemwege, sagt Gisela Etter, Präsidentin der Union komplementärmedizinischer Ärzteorganisationen. So habe in einer prospektiven Beobachtungsstudie bei 529 Kindern mit akuten Infekten der oberen Luftwege gezeigt werden können, «dass der Ersatz von Antibiotika durch eine komplementärmedizinische Behandlung weder zu einer Verlängerung der Krankheitsdauer noch zu Sicherheitsproblemen führte».

Graf-Litscher erinnert an die Volksabstimmung von 2009, in welcher Bund und Kantone verpflichtet wurden, für die Berücksichtigung der Komplementärmedizin zu sorgen, und fügt bei: «Ich erwarte, dass der Volkswille umgesetzt wird.»

Eva Novak